



Essen, wenn man sich Sorgen macht oder unter Druck steht? Das kennen viele, auch junge Menschen. Björn Lohmann hat mit Antje Hebestreit vom Bremer Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epide-

mie über Essgewohnheiten von Jugendlichen gesprochen (Seite W3). Die Bremer Firma Suding & Soe- nellen stellt Farben und Lacke her. Lisa Schröder stellt das Unternehmen vor (W7). Warum es wichtig ist, schon

im Kindesalter mit Geld umgehen zu lernen, erläutert Daniela Schilling (W2). Worauf muss man beim Einnehmen von Tabletten achten? Was hilft beim Schlucken? Darf man jede Pille teilen? Sabine Doll erklärt, was man

wissen muss (W9). Der Essay dieser Woche dreht sich schließlich um die Frage, ob gute Manieren noch von Bedeutung sind und was gut überhaupt bedeutet (W1).  
TEXT: WK/ILLUSTRATION: KATJA STREMMEL

### WIRTSCHAFT

## In Deutschland wird weniger geraucht

Wiesbaden. Der Trend weg von der Zigarette hat sich 2023 fortgesetzt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sank die Menge der versteuerten Zigaretten im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent auf 64 Milliarden Stück. 2022 hatte das Minus 8,3 Prozent betragen. Im langfristigen Vergleich zu 1991 ging der Zigarettenabsatz um mehr als die Hälfte zurück.

Hinzu kommen Zigaretten, die nicht in Deutschland versteuert wurden – entweder werden sie legal aus dem Ausland mitgebracht oder auf dem Schwarzmarkt gekauft. Nach Schätzung der Tabakbranche, die sich dabei auf Stichproben aus dem Müll bezieht, wird etwa jede fünfte in Deutschland gerauchte Zigarette nicht hierzulande versteuert.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse, Jan Mücke, begründet das Minus beim Zigarettenverkauf mit einem stärkeren Gesundheitsbewusstsein in der Gesellschaft und mit der Verfügbarkeit von Alternativen. Dabei bezieht er sich unter anderem auf Tabakerhitzer.

Eine weitere Alternative zu Kippen sind E-Zigaretten, bei denen aromatisierte und häufig mit Nikotin versetzte Flüssigkeiten (Liquids) verdampft werden. 1,2 Millionen Liter solcher Substitute wurden im vergangenen Jahr in Deutschland versteuert.

Krebsforscher sehen E-Zigaretten und Tabakerhitzer skeptisch. Katrin Schaller vom Deutschen Krebsforschungszentrum verweist auf eine Studie der Düsseldorfer Uni, der zufolge der Raucheranteil der Ab-14-Jährigen bei einem Drittel liegt. Ein viel zu hoher Wert, sagt Schaller. „Der Tabakrauch ist ein Giftcocktail, der etwa 90 Substanzen enthält, die krebserzeugend sind oder im Verdacht stehen, krebserzeugend zu sein.“ Der Staat müsse entschlossener vorgehen, um das Rauchen einzuschränken. DPA

### RUBRIKEN

Familienanzeigen ..... 33-39  
Fernsehen ..... W 14/15  
Kinderzeitung extra ..... 32  
Lesermeinung ..... 29  
Rätsel & Roman ..... 42

# Neues Quartier Rembertikreisel

### Koalition beauftragt Senat, innerhalb eines halben Jahres ersten Bericht vorzulegen

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Es ist eine Wunde mitten in Bremen, entstanden, als die sogenannte Mozarttrasse geplant wurde, eine große Autobrücke, die quer durch das Ostertor über die Weser bis in die Neustadt führen sollte. Aus dem Plan wurde nichts, doch die Wunde blieb offen und schmerzt – bis heute. Nun soll sie geheilt werden. SPD, Grüne und Linke wollen den Rembertikreisel zurückbauen, um ein Wohnquartier zu schaffen. So steht es in einem gemeinsamen Antrag für die Bürgerschaft, der dem WESER-KURIER vorliegt. Der Senat wird darin aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten einen ersten Bericht vorzulegen.

„Der Übergang vom Ostertor in die Bahnhofsvorstadt ist seit Jahrzehnten vom überdimensionierten Rembertikreisel mit seiner großen brachliegenden Mittelfläche geprägt“, heißt es in dem Antrag. Ein Rückbau biete die Chance, an das alte Rembertiviertel anzuknüpfen und ein ansprechendes Scharnier zwischen den beiden Ortsteilen zu schaffen. „Das wird unsere Stadt als Ganzes bereichern“, ist sich die Koalition sicher.

Dass es an der Stelle Veränderungsbedarf gibt, wird seit vielen Jahren so gesehen. Neu sind die klaren Vorgaben, das Tempo und der konkrete Auftrag an die Regierung. Bei der Bebauung wird an Wohnraum gedacht, der einerseits günstig sein soll, also vom Staat gefördert. Andererseits aber auch das mittlere Preissegment bedienen, um eine soziale Mischung hinzubekommen. Vorgesehen sind ferner „in relevantem Umfang“ Wohnungen für größere Haushalte.

Die Art der Bebauung solle interessant und einladend sein, beispielsweise durch das Aufgreifen historischer Wegebeziehungen. Zu den Vorstellungen gehören auch Vorhöfe, Hinterhäuser und unterschiedliche Gebäudehöhen. SPD, Grüne und Linke sprechen ausdrücklich von einem neuen Quartier, das eine soziale Infrastruktur benötige und durch Läden, Cafés und Geschäfte den Be-

darf des täglichen Lebens abdecken müsse. Damit einher gehe eine Freiraumplanung mit Grünflächen für Begegnung, Erholung und Spiel. Die alten Bäume auf der Fläche sollen möglichst erhalten werden.

Maßgabe der Koalition ist, so wörtlich, „den öffentlichen Zugriff auf die Fläche dauerhaft zu erhalten“. Konkret sollen mit den Wohnungsgesellschaften Gewoba, die mehrheitlich in städtischem Besitz ist, und der Brebau, die Bremen komplett gehört, die Voraussetzungen geklärt werden, in welcher Weise die beiden Unternehmen eine zentrale Rolle für die Entwicklung des Quartiers übernehmen können. In Betracht komme außerdem, einen Teil der Grundstücke in Erbpacht an Genossenschaften und Baugemeinschaften zu vergeben.

Offen bleibt im Antrag, wie der Autoverkehr an der Stelle in Zukunft geleitet werden soll. Der Senat wird beauftragt, Alternativen zur Ost-West-Verbindung durch das Stadtzentrum zu benennen. Im bisherigen Kreisel wird das Ziel verfolgt, den Straßenraum zugunsten der Bebauung zusammenzulegen.

„Im Zusammenhang mit dem Bau des We-

sertunnels eröffnen sich weitere Spielräume zur Sanierung und Entwicklung der Bahnhofsvorstadt“, schreiben die Koalitionäre. Die Hochstraße vor dem Hauptbahnhof bleibt unerwähnt. Dabei war ihr möglicher Abriss stets im Spiel, sollte die A281 mit dem Tunnel wie geplant im Jahr 2030 vollendet sein, was die Verkehrsbelastung innerhalb der Stadt deutlich vermindern würde.

Vor zwei Jahren hatte die Bau- und Verkehrsbehörde das Ergebnis einer immisionstechnischen Untersuchung präsentiert. Demnach ist eine Wohnbebauung im Bereich des Rembertikreisels möglich. Kurz zuvor hatte der Parteitag des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt – angestoßen von seinem Vorsitzenden Falk Wagner, der auch Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist – ein klares Votum für das Projekt abgegeben. Mit der Einschränkung allerdings, dass keine „Hochpunkte“ entstehen sollen.

Falk Wagner war vor der Bildung des neuen Senats im Juli vergangenen Jahres Kandidat für den Senatorenposten im Bau- und Verkehrsressort, zog am Ende aber den Kürzeren.



Der Bremer Rembertikreisel zwischen Bahnhofsvorstadt und Ostertor.

FOTO: STUDIO B GMBH

### POLITIK

## Bürgergeld: Lindner erwartet Nullrunde

Berlin. Beim Bürgergeld erwartet Finanzminister Christian Lindner im kommenden Jahr eine Nullrunde. Der Regelsatz sei zum 1. Januar dieses Jahres sehr stark gestiegen, sagte der FDP-Politiker am Donnerstag in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“. „Ich sage, er ist überproportional stark gestiegen, denn als er festgelegt worden ist, ist man von einer ganz anderen Inflationsrate für den Januar 2024 ausgegangen.“ Die Konsequenz werde nach seiner Erwartung sein, dass es zum 1. Januar 2025 eine Nullrunde geben werde, „um die überproportionale Erhöhung wieder einzuarbeiten“.

Das Bürgergeld war zu Jahresbeginn im Vergleich zu 2023 im Schnitt um rund zwölf Prozent gestiegen. Für Alleinstehende bedeutet das ein Plus von 61 auf 563 Euro im Monat. Erwachsene, die mit einem Partner zusammenleben, bekommen 506 Euro. Für Kinder und Jugendliche liegen die Sätze je nach Alter zwischen 357 und 471 Euro.

Hintergrund der Erhöhung sind gestiegene Lebenshaltungskosten, die bei der Berechnung der Regelsätze berücksichtigt werden. Der Regelsatz für das Bürgergeld wird jährlich an Preise und Löhne angepasst und berücksichtigt die Inflation.

Darauf wies auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im „Spiegel“ hin. „Da die für das Existenzminimum ausschlaggebenden Preise, etwa bei Lebensmitteln und Strom, im vergangenen Jahr stark gestiegen sind, gab es eine deutliche Anpassung des Bürgergelds“, sagte er. „Wenn jetzt die Inflation deutlich sinkt, wird die nächste Anpassung entsprechend niedrig sein.“ Die nötigen Daten liefere das Statistische Bundesamt im Sommer.

Lindner hatte vor Kurzem gefordert, die Methode zur Berechnung des Bürgergeldes zu überprüfen, damit die Inflation nicht überschätzt werde. DPA

H 7166 • 28189 BREMEN



4 194176 302900

6 0004